

**Bezugsp.-Preis**  
In der Hauptabteilung über deren Ausgaben abgezahlt: vierteljährlich A 3.—, bei  
gewöhnlicher wöchentlicher Auflistung im Daus.  
A 8.75. Durch die Post bezogen für Deut-  
schland u. Österreich vierteljährlich A 4.50, für  
die übrigen Länder laut Zeitungspreise.

**Redaktion und Expedition:**

Johanniskirche 8.

Bernauerstrasse 154 und 222.

**Gliederungen:**

Wihl Gobn, Baudamg., Universitätsstr. 5,  
2. Stock, Rothermest. 14, u. Königstr. 7.

**Haupt-Filiale Dresden:**

Marienstrasse 84.

Bernauerstrasse 154 u. Nr. 1718.

**Haupt-Filiale Berlin:**

Corti Kunder, Herzg. Bors. Hofbuchhandlung,  
Alpenstrasse 10.

Bernauerstrasse 154 u. Nr. 4603

**Nr. 189.**

**Abend-Ausgabe.**

# Leipziger Tageblatt

## und

### Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig,  
des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Mittwoch den 15. April 1903.

**Anzeigen-Preis**

die 8gepalteite Zeitzeile 25 A.

Reklame unter dem Redaktionsrecht  
(8gepalten) 75 A, von der Sammlungs-  
richter (8gepalten) 80 A.

Tatzeblätter und Tafeln entstehen  
über. — Gebühren für Nachverzüge und  
Übernahmen 25 A (jezt 20).

Extra-Verlagen (geleist), zur mit der  
Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung  
A 60.—, mit Postbeförderung A 70.—

**Annahmeschluß für Anzeigen:**

Abend-Ausgabe: Vormittag 10 Uhr.  
Morgen-Ausgabe: Nachmittag 4 Uhr.

Anzeigen bis spät in die Expedition  
zu richten.

Die Expedition ist wochentags umsonst zwischen

geöffnet von früh 8 bis spät 7 Uhr.

Drauf und Verlag von E. Volz in Leipzig.

#### Politische Tagesschau.

\* Leipzig, 15. April.

##### Sozialdemokratische Wahl-Negligie.

Es wird nicht verlaufen werden dürfen, daß den sozialen Überfall in Deutschland jetzt gerade ausbrochenen Differenzen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern eine politische Abseit zu Grunde liegt. Den sozialdemokratischen Agitatoren kommt es darauf an, die Arbeitnehmer gegen die Unternehmer aufzuhetzen und aus dem Kämpfen erzeugt und gesteigerten Haß bei den Reichstagswahlen im Interesse der Sozialdemokratie Kapital zu schlagen. Sie zu beachten ist es auch, daß die Agitatoren in vielen Fällen keineswegs das Arbeitnehmer in den Streit treten lassen. Ein solcher diente im Augenblick der politischen Sache nicht, denn ein Streit hat einerseits die Abwanderung eines Teils der Städte zu folgen, was zugleich einen Abgang sozialdemokratischer Wählerstimmen von den betreffenden Städten bedeutet. Andererseits aber sollten Streiks Geld und alles Geld braucht man jetzt in Wohlmeinenden. Darum schlagen die sozialdemokratischen Führer keinerlei Taktik ein: Aus irgend einem ganz wichtigen Grunde lassen sie es zu einer Differenz der Arbeiter mit den Arbeitgebern kommen. Dann wird den Arbeitern, ohne daß sie es so recht merken, von den sozialdemokratischen Agitatoren die Rolle der "Verantwortlichen" eingerichtet und es wird gesagt: „Seht, Ihr Arbeiter, wie ehrwürdig Ihr seid! Aber am 16. Juni ist der Tag der Radikale!“ Und es ist natürlich nicht leichter zu beweisen, als daß ein auf wirtschaftlichem Wege hergerichteter Haß am Tage der Reichstagwahl zu Gunsten der Sozialdemokratie entlastet. Zwei besondere marxistische Fälle, in denen allerdings die Bombe „etwas zu früh geplänt ist“, liegen im Augenblick vor: Bremen und Bremen. In Bremen handelt es sich um eine von den Arbeitern plötzlich gestellte Forderung, die den Zorn für einen überzeugt ganz spät hergestellten Streik um 30 J. erhöhen soll. Das Schuhmacherschaftselbst gestellt, daß die Sache „material nicht ins Gewicht fällt“. Und doch rütteten 6000 Arbeiter am sozialen Appell willen ihre Fäuste. Die wahren Beweggründe dieses Vorgebens legen die „Wünsche. Recht. Rad.“ sehr tief in einem Kreisel dar, auf den wir uns um so lieber berufen, als das süddeutsche liberale Blatt im Bezug auf den Sozialdemokratie so freudlich wie möglich gegenübersteht. Räumt es doch erst für sich seine Spalten einem Kreisel ein, der leichter für ein Bündnis des Liberalen mit der Sozialdemokratie sich anstrebt, da beide groß gemeinsame Interessen zu vertreten hätten. Diese beiden „Wünsche. Recht. Rad.“ haben sich jetzt doch gewungen, zum Bremischen Streitfall einen Beitrag mit folgenden Schlusssätzen zu bringen:

„Sicher vor dem Schluß des Streitfalls zu ihren Arbeitern ein gutes, in vielen Fällen direkt verhältnisfreudliches. Die Bremische Zeitung hat sich so erstmals seit einer Zeit, hauptsächlich nach 1871, entwöhnt, ein großer Teil der jüngsten Arbeitshaber ist aus kleinen Betrieben durch eigene Mühe empfohlen. Es lebt unter ihnen der gute Gott handelnder bürgerliche Arbeit, die nach den Arbeitern seines Volkes weit achtet und ihn als Arbeitsgenossen hochhält. zunächst in der Grund für

die unerträglichen Verhältnisse der letzten Zeit daher nicht recht eingehen. Und doch liegt er nicht zu fern. Der Sozialstaatsrat ist Bremens schon lange ein Stein im Auge. Bekannt sozialdemokratische Führer, wie der Parteipräsident Siegel, versuchen seit Jahren die Gewissens zu stören, obwohl ohne solchen Erfolg, wie es ihnen im Verhältnis zur großen Arbeiterschaft der Stadt nötig erscheint. Deshalb versucht nun Frieden zu schaffen, leider mit Erfolg. So erklärt sich aus, warum die Sache gerade jetzt zum Kämpfen kommt, nicht vor den Wahlen. Die Wähler haben ihrer Zweck erreicht; der große Wahlkreis ist da, die Erklärung zwischen beiden Parteien auf höchste Höhe gelangt. Die Folgen werden sich am 16. Juni zeigen.“

In Bremen ist der Streit mit dem Staat befürchtet auch um einen Appell will der Arbeitgeber gegen die Arbeitnehmer vorgezogen werden. Die sozialdemokratischen Agitatoren und Wahlmänner brauchen einen Antrag, die wegen ihrer weitgehenden liberalen und sozialen Gewissensbildung bestimmt Bremers Unternehmerschaft als „Scharfschütze“ den Arbeitern verdächtigen und verbieten möchten, so können. Die sozialdemokratische „Obre“ empfand es sozusagen als eine „Schmach“, daß wenigstens über einer der drei mächtigen Hansestädte die rote Fahne noch nicht wehtreibt. Jetzt glaubt man, für die Wahl desto Hoffnungen drogen zu dürfen. Obwohl schreibt die sozialdemokratische „Bremische Bürgerzeitung“: „In zwei Monaten wird die unterdrückte Arbeiterschaft den Wahlherrn eine andere Proklamation entgegenstellen, die insbesondere der politischen Herrschaft des Stadts in den Unterwasser-Orten ein Ende setzt.“ Der Bremer Haß lebt überzeugt und weiterhin Erinnerlichkeit, daß auch die weitgehende soziale Gewissensbildung die revolutionäre Klassekampf-Politik der radikaleren Sozialdemokratie um nichts mildert — im Gegenteil. Soziale Gewissensbildung und Sozialdemokratie sind zwei sehr verschiedene Dinge, die keine Verbindungspunkte mit einander haben. Gegen die Sozialdemokratie gibt es nur ein Mittel: radikalere Kampf, der aufgeworfen werden muß, noch ehe man zu ihm im ungünstigsten Momenten gezwungen wird.

Die „Kreuzzeitung“ und die nationalliberalen Reichstagskandidaturen.

Die „Kreuzzeitung“ hat, socomm, wie immer, den ersten Streitfall dazu verwendet, einen von Geschäftigkeit gegen andere Parteien, insbesondere die Nationalliberalen, ironisieren. Wohlwollend verhältnisfreiheitlich, daß die Gewissensbildung herauszubringen. Zunächst erkennt sich das führende konervative Organ über die angebliche Taktik der Nationalliberalen, überall Wahlkandidaturen aufzustellen, und dadurch die Sache der Sozialdemokratie zu fördern. Wenn es in Partei von der Wahlkandidatur liegenden Wahlnotwendigkeiten frei ist, so ist dies die nationalliberalen. Wir erkennen nur daran, daß die Nationalliberalen in allen drei Hamburger Wahlkreisen auf eigene Kandidaten verzichten, obwohl sie bei den letzten allgemeinen Wahlen 1. und im 3. Hamburger Wahlkreis weitwand an weichen Stimmen von allen bürgerlichen Parteien auftraten und in den drei Wahlkreisen insgesamt ungefähr 24.000 Stimmen, also doch eine rechte Partei, aufwiesen. Ebenso verzichten sie auf eigene Kandidaturen in sämtlichen Berliner Wahlkreisen, obwohl sie, insbesondere im 2. Wahlkreis, mehrere 1000 Stimmen aufwingen können. Die Unter-

stellung also, als ob die Nationalliberalen auf die Wahltag ausgingen, ist absurdisch. Die „Kreuzzeitung“ ist aber aufs äußerste erbittert darüber, daß die Nationalliberalen in dem Wahlkreis Frankfurt a. M. einen eigenen Kandidaten aufstellen und dafür die Unterstützung der anderen bürgerlichen Parteien beanspruchen, obwohl die nationalliberalen Anhängerhaft in diesem Kreis nur geringfügig ist. Wenn die „Kreuzzeitung“ meint, Kompromiß von bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie hätten nur auf der Basis einen Sinn, das die Parteien der bestätigten parteipolitischen Gruppen maßgebend ist, muß ich mir hier an ihr gewiß recht. Im Wahlkreis Frankfurt a. M. aber kann die Verhältnisse ganz besonders. Hier sind die konservativen Stimmen zurückgegangen, die radikalen, und zwar auch die bürgerlich-radikalen, gewichen. Bei den Wahlen von 1893 wurden 10.715 konservative Stimmen abgegeben gegen 4156 freiheitliche und 9122 sozialistische, zusammen also 18.890 radikale Stimmen. Bei den letzten allgemeinen Wahlen hingegen wurden 8870 konservative gegen rund 5500 freiheitliche und rund 10.000 sozialistische, also 15.500 radikale Stimmen abgegeben. Die Differenz zu Ungunsten der Konservativen liegt also von 1893 im Jahre 1898 auf mehr als 6000 bei den letzten allgemeinen Wahlen. Der Sieg über die Sozialdemokratie bei den nächsten allgemeinen Wahlen hängt also vollständig von der Haltung der Freikirchen ab und angenähert werden wird: niemals sei Frankreich der Hegenation einer imperialistischen Öffentlichkeitsbewegung gewesen. Steigt unter solchen Umständen für ein Sozialist Blatt irgend etwas näher, als ein Domus auf die Erfolge der sozialdemokratischen Politik Frankreichs? Die Methode, nach der vom „Argo“ die Beweise für jene Erfolge erbracht werden, in die längst bewußt ist. Der „Argo“ stellt gewisse Dinge als Wirkungen der französischen Allianz politisch dar, die mit den legeren in Wirklichkeit nicht das Geringste zu tun haben. Natürlich ist es bei den gewissen Dingen auf den Dreikreis abzusehen; er soll keinen friedlichen Charakter erhalten. Der Konservativstandort sei der stärkste Partei zu entnehmen, nicht eben mit logischer Konsequenz feststellt, ergibt sich aus ihrer Lage über die Konservativen in Russland, die für den liberalen Kompromißkandidaten und nicht über den bürgerlich-antiklerikalen Bemüher einzutreten wollen. Wenn irgendwie ein Zusammengang gegen die Sozialdemokratie erforderlich ist, so es in Russland, wo der sozialdemokratische Kandidat bei der Hauptwahl weitwand an die meisten Stimmen erhält und in der Stichwahl bei den beiden letzten allgemeinen Wahlen nur mit etwa 400 Stimmen Minderheit unterlegen ist. Hier aber sind die Liberalen an Stimmengewicht der konservativen Rückung überlegen. Bei den Wahlen von 1893 wurden 4700 nationalliberale und 1856 freiheitliche, zusammen also 6560 liberale Stimmen, abgegeben gegen 5100 konservative; bei den letzten allgemeinen Wahlen war das Stimmeverhältnis genau daselbe, nur daß die freiheitlichen Stimmen gleich im ersten Wahlgange doch niedrig waren. Wenn irgendwie ein Zusammengang gegen die Sozialdemokratie erforderlich ist, so es in Russland, wo der sozialdemokratische Kandidat bei der Hauptwahl weitwand an die meisten Stimmen erhält und in der Stichwahl bei den beiden letzten allgemeinen Wahlen nur mit etwa 400 Stimmen Minderheit unterlegen ist. Hier aber sind die Liberalen an Stimmengewicht der konservativen Rückung überlegen. Bei den Wahlen von 1893 wurden 4700 nationalliberale und 1856 freiheitliche, zusammen also 6560 liberale Stimmen, abgegeben gegen 5100 konservative; bei den letzten allgemeinen Wahlen war das Stimmeverhältnis genau daselbe, nur daß die freiheitlichen Stimmen gleich im ersten Wahlgange doch niedrig waren.

Deutschland und die Türkei.

Das türkisch-österreichische Blatt „Ildam“ hat gemeldet, daß die deutsc̄e Regierung in dem Bunde, der Türkei einen neuen Beweis ihrer anfristigen und

berglischen Gewissnungen zu geben, den Mausel-Fabrikaten den Viecht erzielt habe, die Bestellungen der türkischen Regierung im Roßfalle vor den Belohnungen für Deutschland auszuführen. Wenn das genannte türkische Organ gelegentlich das zwischen Deutschland und der Türkei bestehende vorrechte Verhältnis hervorhebt, so entspricht dies der Natur der Dinge. Was aber die oben erwähnte Einzelheit anbelangt, die der „Ildam“ als einen neuen Beweis für die guten Beziehungen der Türkei zum Reich anführt, so muß es sich dabei um ein Mißverständnis handeln; auf unsere Ankänge an maßgebender Stelle wird und mindestens, daß man dort von einem derartigen Beweis nichts weiß. Nebenher handelt es sich bei der deutschen Politik im europäischen Orient nicht darum, daß der Türkei von Seiten des Reiches eine außernordliche Bevorzugung gewidmet wird. Vielmehr ist die deutsche Orientpolitik ganz ähnlich der gegenüberstehenden Italien, die die Auslandsbevölkerung gewidmet wird. Sicherlich ist die deutsche Orientpolitik die Aufrechterhaltung des Weltfriedens bildet.

Ein billiges Vergnügen.

In einem Weile von Venne schlägt der Sozialdemokratie „Argo“, weil Präsident von Bredt auf der Reede von Algier nicht nur von französischen, sondern auch von russischen, italienischen, englischen und spanischen Schiffen begleitet werden wird: niemals sei Frankreich der Hegenation einer imperialistischen Öffentlichkeitsbewegung gewesen. Steigt unter solchen Umständen für ein Sozialist Blatt irgend etwas näher, als ein Domus auf die Erfolge der sozialdemokratischen Politik Frankreichs? Die Methode, nach der vom „Argo“ die Beweise für jene Erfolge erbracht werden, in die längst bewußt ist. Der „Argo“ stellt gewisse Dinge als Wirkungen der französischen Allianz politisch dar, die mit den legeren in Wirklichkeit nicht das Geringste zu tun haben. Natürlich ist es bei den gewissen Dingen auf den Dreikreis abzusehen; er soll keinen friedlichen Charakter erhalten. Der Konservativstandort sei der stärkste Partei zu entnehmen, nicht eben mit logischer Konsequenz feststellt, ergibt sich aus ihrer Lage über die Konservativen in Russland, die für den liberalen Kompromißkandidaten und nicht über den bürgerlich-antiklerikalen Bemüher einzutreten wollen. Wenn irgendwie ein Zusammengang gegen die Sozialdemokratie erforderlich ist, so es in Russland, wo der sozialdemokratische Kandidat bei der Hauptwahl weitwand an die meisten Stimmen erhält und in der Stichwahl bei den beiden letzten allgemeinen Wahlen nur mit etwa 400 Stimmen Minderheit unterlegen ist. Hier aber sind die Liberalen an Stimmengewicht der konservativen Rückung überlegen. Bei den Wahlen von 1893 wurden 4700 nationalliberale und 1856 freiheitliche, zusammen also 6560 liberale Stimmen, abgegeben gegen 5100 konservative; bei den letzten allgemeinen Wahlen war das Stimmengewicht genau daselbe, nur daß die freiheitlichen Stimmen gleich im ersten Wahlgange doch niedrig waren.

Die Stimmung des Sozialen.

Alle Personen, welche über die instimen Vorgänge am Petersburger Hofe genau unterrichtet sind, stimmen, wie die „Internat. Corresp.“ schreibt, darin überein, daß Kaiser Nikolaus über die neuere Entwicklung der internationalen Politik äußerst verstimmt ist. Der Zar hat sich fürzlich mehrere Vorträge über die Urtaten des Kriegsgefechts der französischen Allianz gemacht, die mit der damaligen Zeit mit den heutigen verglichen und sein Urteil darüber zu erlangen. So ist der Zar, der die Befreiung in Wirklichkeit nicht das Geringste zu tun haben. Natürlich ist es bei den gewissen Dingen auf den Dreikreis abzusehen; er soll keinen friedlichen Charakter erhalten. Der Konservativstandort sei der stärkste Partei zu entnehmen, nicht eben mit logischer Konsequenz feststellt, ergibt sich aus ihrer Lage über die Konservativen in Russland, die für den liberalen Kompromißkandidaten und nicht über den bürgerlich-antiklerikalen Bemüher einzutreten wollen. Wenn irgendwie ein Zusammengang gegen die Sozialdemokratie erforderlich ist, so es in Russland, wo der sozialdemokratische Kandidat bei der Hauptwahl weitwand an die meisten Stimmen erhält und in der Stichwahl bei den beiden letzten allgemeinen Wahlen nur mit etwa 400 Stimmen Minderheit unterlegen ist. Hier aber sind die Liberalen an Stimmengewicht der konservativen Rückung überlegen. Bei den Wahlen von 1893 wurden 4700 nationalliberale und 1856 freiheitliche, zusammen also 6560 liberale Stimmen, abgegeben gegen 5100 konservative; bei den letzten allgemeinen Wahlen war das Stimmengewicht genau daselbe, nur daß die freiheitlichen Stimmen gleich im ersten Wahlgange doch niedrig waren.

Die Bindung der Freundschaft der Alten und der jungen Italiens am Balkan hat auf den Balkan einen sehr starken Einfluß gemacht, da sich gerade darin nach seiner Auflösung die völlige Unzweckmäßigkeit und Unaufdringlichkeit zahlreicher französischer Politiker offenbart hat. Doch unangemehmer bedrückt dabei, daß gleichzeitig England und in auffälliger Weise um die Freundschaft Frankreichs bittet und dabei in Paris vereinigt worden ist. Auch unangemehmer bedrückt dabei, daß gleichzeitig England und Italien in man in Petersburg vereinten, da sich nach

#### Feuilleton.

##### Das Gold vom Widwatersrand.

Roman von H. Klindt-Lüttichburg.

Fazit und Fortsetzung.

Sonst wollte er seine Gedanken in Worte füßen, aber ein Bild auf Tante Grieches magte ihn verstummen. Sie wußte einen Eintritt von Erziehung, der ihr warnte, sie weiter zu erreichen.

„Ich will den Bericht machen, den Sachen auf den Grund zu kommen, Wilm. Sobald hier eingemachte geordnete Verhältnisse geschaffen sind, werde ich nach der Farm gehen und mich zu orientieren versuchen. Vielleicht finde ich vollkommenen Ausschluß durch Mrs. Morton selbst. Ich bin gewiß berechtigt, mir jede wünschenswerte Aufklärung über Personen und Verhältnisse zu verschaffen, die meinem verstorbenen Vater nahegehangen haben.“

##### Siebentes Kapitel.

Einige Wochen waren in angestrengter Arbeit vergangen, und sowohl Frau von Senden als auch Wilm zu der Überzeugung gelangt, daß eine in der Tat außerordentlich schwierige Lage Peter von Senden zur Verzweiflung, und er seine Hölle gefunden, in den Tod getrieben hatte.

Doch er sie nicht gefunden, während sie seinen Geist von zwei Seiten anboten worden war, bestreiten. Obgleich er in der letzten Zeit für monate Dinge eine Erklärung gefunden, die er früher nicht verstanden. Jedermann hatte der Vater dem Sohn gegenüber eine zweideutige Rolle gespielt. Während beide anstrengend gleiche Interessen verfolgt, hatte doch Canaris von Senden, mit der ihm eigenen Höchstabilität, Wege benannt, die fernab von den gewöhnlichen Erfolgen des Bruders gelegen gewesen waren. Ja, er hatte sieben in der letzten Zeit offenbar Verlegenheiten bereitet.

Eins erschien Wilm, noch allem, was er in den letzten Monaten gesehen und gehört, als unbeherrschbar leidenschaftlich: eine der Transvaal-Regierung feindlich gesinnte Partei hatte seit Jahren im Verborgenen an der Ausbreitung ihrer Macht mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gearbeitet, indem sie durch eine Erweiterung ihres Grundbesitzes und ihres Einflusses auf die Gruben darin zu neueren Kreide, die Weise des Landes zu diktieren. Zu

dieser Partei hatte der Berginspektor von Senden nicht gehört. Wilm war plausibel überzeugt, daß der Chef dieser Partei ein Stein im Wege gewesen, den man hinweggeräumt hätte, wenn er nicht der Sohn des Vaters nicht annehmen wollte, daß er eine Autostrophe vorausgesehe, wie sie einsetzen war, um Peter von Senden in den Tod zu treiben. Unter diesem Argwohn gelang es Wilm nicht, in seinen Briefen des Vaters einen warmen Ton anzuhalten, und so ließen alle Berichte Grieches von Senden, die Pläne und Absichten des Sohnes zu erkennen. Das reiste zwar seinen Zorn, aber er sah sich genötigt, ihn zu unterdrücken, um der Gefahr aus dem Wege zu gehen, den legten Einsicht in verlieren und in Wilm einen hartnäckigen Gegner seiner Herrschaftsgewalt erischen sehen zu müssen, als es Peter von Senden jemals gewesen war. Die politische Gewissenslast des Sohnes war ihm hinreichend bekannt, um sich ernsthafte Befürchtungen hinzugeben.

Vom Generaldirektor Brandt hatte Wilm nichts mehr gehört und